



Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes

Projekttitel	IT-Beratungsdienstleistungen SAP und Organisation „digital@M“ – Rahmenvereinbarung
Auftraggeberin	digital@M GmbH Hanauer Str. 22 80992 München
Beauftragte Vergabestelle	Dr. Bauer & Partner, Rechtsanwälte mbB Leopoldstraße 244 80807 München Tel.: +49 (89) 92989710 Fax: +49 (89) 92989710 E-Mail: juliane.bauer@bp-recht.de
Vs. Leistungsbeginn	17.08.2026
Leistungsort	Landeshauptstadt München
Anfragen	https://www.aumass.de

1. Auftraggeberin.....	3
2. Ausgeschriebene Leistung.....	3
3. Zielgruppe des Vergabeverfahrens	4
4. Rahmenvertrag.....	4
5. Bieterfragen zu den Vergabeunterlagen	4
6. Abwicklung von Einzelabrufen / Miniwettbewerb.....	5
7. Verfahrensart	5
8. Vergabeunterlagen	5
8.1 Grundlagen der Auftragsdurchführung	5
8.2 Vergabeunterlagen mit Rücksendeverpflichtung	6
8.3 Vergabeunterlagen ohne Rücksendeverpflichtung.....	6
9. Kostenerstattung.....	6
10. Auszug aus dem Wettbewerbsregister	6
11. Vergabe nach Losen	6
11.1 Los 1: Konzeption und Implementierung im SAP S/4 HANA	6
11.2 Los 2: Konzeption und Implementierung im SAP H4S4 & Success Factors	6
11.3 Los 3: Konzeption und Implementierung im SAP Analytics.....	6
11.4 Los 4: Konzeption und Implementierung im SAP BTP	7
11.5 Los 5: Organisationsentwicklung	7
11.6 Los 6: Konzeption und Weiterentwicklung SAP S/4HANA im Betrieb	7
12. Abgabe der Angebote	7
13. Zuschlags- und Bindefrist.....	7
14. Datenschutzhinweise	7
14.1 Verantwortliche Stelle und Datenschutzbeauftragte/r	8
14.2 Datenkategorien	8
14.3 Zweck und Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten	8
14.4 Empfänger der Daten	9
14.5 Speicherdauer.....	9
14.6 Rechte der betroffenen Person	10
14.7 Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde.....	10
15. Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz	11
16. Diversity Management.....	11
17. Nachprüfungsstelle.....	11
18. Rückfragen	11

Präambel:

In diesem Verfahren wird das generische weibliche Geschlecht verwendet. Das bedeutet, dass sich die Verwendung der weiblichen Form auf Personen aller Geschlechter bezieht.

1. Auftraggeberin

Als hundertprozentige Tochtergesellschaft der Landeshauptstadt München (LHM) unterstützt die digital@M die Verwaltung bei digitalen Transformationsprozessen. Der Fokus liegt auf qualitativ hochwertigen praxisorientierten Beratungsdienstleistungen, um Know-how, Kompetenzen und Leistungsfähigkeit der Referate und der IT der LHM sowie der städtischen Beteiligungsgesellschaften gezielt weiter auszubauen, insbesondere in strategischen Bereichen wie Digitalisierung und SAP.

Eine Gewinnmaximierung steht nicht im Vordergrund, sondern die Beständigkeit einer zuverlässigen Inhouse-Partnerin, die ausschließlich für die Referate, Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaften der LHM tätig ist.

Die digital@M ist in viele IT-Projekte der LHM involviert, darunter die Digitalisierungsstrategie und die Einführung der E-Akte. Die ca. 80 Mitarbeiterinnen in der Beratung der digital@M unterstützen die LHM aufgrund ihrer umfangreichen Expertise in den Bereichen IT-Projektleitung, agiles Coaching, Prozessgestaltung, Testing, Training, SAP-Beratung, KI-Entwicklung und weitere innovative Themen.

Um auch zukünftig kurzfristig und zuverlässig auf die Anforderungen der LHM und ihrer Beteiligungsgesellschaften reagieren und den benötigten Bedarf nach Beratungsleistung abdecken zu können, benötigt die digital@M externe Ressourcen.

Ziel des Vergabeverfahrens ist dementsprechend die Bindung von hoch spezialisierten Subunternehmerinnen, um im Rahmen eigener Kapazitäten-Engpässe weiterhin die gleiche Beratungsqualität anbieten zu können.

Digital@M fungiert dabei als Auftraggeberin gegenüber den Subunternehmen und wird im Folgenden ebenfalls so bezeichnet. Die Subunternehmen fungieren als Auftragnehmerin und werden im Folgenden so bezeichnet. Die LHM inklusive aller Referate, Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaften wird als Kundin bezeichnet.

2. Ausgeschriebene Leistung

Die Auftraggeberin beabsichtigt den Abschluss von Rahmenverträgen zur Erbringung von IT-Beratungs- und Unterstützungsleistungen im SAP-Umfeld, insbesondere in den Bereichen SAP H4S4 & SuccessFactors, SAP Analytics, SAP Business Technology Platform (BTP) sowie Organisationsentwicklung. Gegenstand der Ausschreibung sind projektbezogene Leistungen in den Bereichen fachliche, technische und Organisations-Beratung, Konzeption, Implementierung (Customizing und Entwicklung) sowie Unterstützung bei Test, Go-Live und Betrieb. Die Leistungen werden im Wege von Einzelabrufen innerhalb der jeweiligen Lose bedarfsgerecht und ohne Abnahmeverpflichtung beauftragt.

3. Zielgruppe des Vergabeverfahrens

Da die Auftraggeberin die Auftragnehmerinnen nicht in dem eigenen Betrieb einsetzt, sondern bei der Endkundin, richtet sich die Ausschreibung primär nicht an Freelancer-Verbindungen. Für die Auftraggeberin ist es von immenser Bedeutung, dass zum Einsatz kommende Mitarbeiterinnen der Auftragnehmerin keine hohe Fluktuationsrate aufweisen und innerhalb eines Projektes oder im Rahmen der Einzelprojekte ausgetauscht werden. Dies ergibt sich vor allem aus den unter Ziffer 1 beschriebenen Aufgaben und Zielsetzungen der digital@M (Profunde Kenntnisse der Strukturen der Kundin; Bindung von Know-How innerhalb der verschiedenen Projekte der Kundin und deren Betriebe).

Die Beteiligung kleinerer Beratungsboutiquen ist jedoch wünschenswert.

4. Rahmenvertrag

Die Auftraggeberin beabsichtigt, in dem Verfahren mit maximal 3 Bieterinnen einen Rahmenvertrag **pro Los** abzuschließen. Der Rahmenvertrag ist als Anlage 1 beigelegt.

Die rechtlichen Regelungen des Rahmenvertrages gelten für jeden Einzelabruf.

Die Vergabestelle weist ausdrücklich darauf hin, dass Fragen zum Vertrag nur insoweit zulässig sind, als sie konkrete Änderungswünsche betreffen, welche sich kalkulatorisch auf die Angebotsabgabe auswirken können.

Die Vergabestelle ist jedoch nicht Rechtsberatungsstelle der Auftragnehmerin. Aufklärungs- und/oder Verständnisfragen sind daher mit der internen Rechtsabteilung oder einer externen Beratungsstelle zu klären.

Der Rahmenvertrag tritt mit Zuschlagserteilung in dem Verfahren automatisch in Kraft.

Nachverhandlungen sind vergaberechtlich ausgeschlossen.

5. Bieterfragen zu den Vergabeunterlagen

Die Vergabestelle beantwortet jederzeit gerne begründete Bieterfragen zu den Vergabeunterlagen. Dies gilt insbesondere für Fragen zum technischen Teil, der Eignung und Wertung.

Vor Einreichen der Bieterfragen bittet die Vergabestelle die Bewerberinnen

- **Sämtliche Unterlagen aufmerksam durchzulesen,**
- **Bieterfragen wenn möglich gesammelt zu stellen,**
- **Bieterfragen so zu formulieren, dass sie mit Ja/Nein beantwortet werden können,**
- **Bieterfragen so rechtzeitig zu stellen, dass der Vergabestelle eine Reaktionsmöglichkeit verbleibt. Dabei ist darauf hinweisen, dass aus rechtlichen Gründen, die letzten Bieterantworten sechs Tage vor Abgabe eingestellt werden dürfen.**

Aufgrund der Erfahrungswerte in der Vergangenheit weist die Vergabestelle hiermit ausdrücklich auf folgende Punkte hin:

- **Doppelt gestellte Fragen, die bereits beantwortet wurden, werden nicht beantwortet,**
- **Fragen, welche sich unzweideutig aus den Vergabeunterlagen ergeben, werden nicht beantwortet,**
- **Die Beantwortung von Fragen, welche später als neun Tage vor Ablauf der Antragsabgabe-/Angebotsabgabefrist eingereicht werden, werden erfolgt nur dann, wenn sie vom Umfang und Komplexität fristgerecht geklärt werden können. Dies gilt nicht für Fragen, welche nicht kalkulationsrelevant sind oder Fragen, welche die Nutzung des e-Vergabe Systems betreffen.**

6. Abwicklung von Einzelabrufen / Miniwettbewerb

Der Rahmenvertrag begründet keinerlei Abrufverpflichtung der Auftraggeberin. Wenn und soweit sich im Rahmen der eigenen Leistungsausführung ein konkreter Bedarf der Auftraggeberin an externen Unterstützungsleistungen ergibt, wird die Auftraggeberin, die pro Los an den Rahmenvertrag gebundenen Auftragnehmerinnen zur Abgabe eines Angebotes auffordern (so genannter „Einzelabruf“).

Die Auftragnehmerin ist nicht verpflichtet, im Rahmen des Einzelabrufes ein Angebot zu legen. Der Abschluss des Einzelvertrages mit einer Auftragnehmerin steht stets unter dem Vorbehalt, dass der Einzelvertrag zwischen der Auftraggeberin und ihrer Kundin zustande kommt.

Legen im Rahmen des Einzelabrufes mehrere oder alle gebundenen Auftragnehmerinnen ein Angebot, wählt die Auftraggeberin die wirtschaftlichsten Bieterinnen nach folgenden Kriterien aus:

- Erfahrung mit vergleichbaren Projekten des eingereichten Profils: 50 %
- Zusatzskills (differieren nach Einzelprojekt, hierbei kann sich z.B. um Zertifikate oder ähnliche handeln): 15 %
- Preis: 35 %

7. Verfahrensart

Der geschätzte Auftragswert liegt über dem Schwellenwert für eine Anwendung der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung - VgV). Die Leistung wird dementsprechend im offenen Verfahren gemäß §§ 14,15 VgV ausgeschrieben.

8. Vergabeunterlagen

8.1 Grundlagen der Auftragsdurchführung

Neben diesem Anschreiben und den Angebotsbedingungen beanspruchen folgende Unterlagen in dem Verfahren **mit Zuschlagserteilung** sofortige Geltung für die Leistungsausführung:

- Fragebogen zur Eignung

- Rahmenvertrag
- Preisblatt – Anlage
- Angebot des Auftragnehmers nebst Umsetzungskonzept

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sämtliche fachlichen und rechtlichen Regelungen in dem Vergabeverfahren mit Zuschlagserteilung in Kraft treten. Nachverhandlungen sind vergaberechtlich ausgeschlossen.

8.2 Vergabeunterlagen mit Rücksendeverpflichtung

- Fragebogen zur Eignung
- Preisblatt – Anlage
- Angebot des Auftragnehmers nebst Umsetzungskonzept

8.3 Vergabeunterlagen ohne Rücksendeverpflichtung

- Aufforderung zur Angebotsabgabe
- Angebotsbedingungen
- Rahmenvertrag

9. Kostenerstattung

Für die Bearbeitung des Angebotes sowie für die Erstellung der Unterlagen werden keine Kosten erstattet.

10. Auszug aus dem Wettbewerbsregister

Der Auftraggeber behält sich vor, für jeden Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister beim Bundeskartellamt anzufordern.

11. Vergabe nach Losen

Das Verfahren ist nach Losen aufgeteilt worden:

11.1 Los 1: Konzeption und Implementierung im SAP S/4 HANA

Gegenstand sind insbesondere konzeptionelle, fachliche und technische Leistungen im Zusammenhang mit der Implementierung und Weiterentwicklung von SAP-Systemen.

11.2 Los 2: Konzeption und Implementierung im SAP H4S4 & Success Factors

Gegenstand sind insbesondere fachliche und technische Leistungen zur Implementierung (Customizing und Entwicklung), Weiterentwicklung sowie Unterstützung bei Test, Go-Live und Betrieb entsprechender SAP-Lösungen.

11.3 Los 3: Konzeption und Implementierung im SAP Analytics

Gegenstand sind insbesondere Leistungen zur Konzeption, Implementierung und Weiterentwicklung von Analytics-Lösungen sowie zur Unterstützung bei Test, Go-Live und Betrieb.

11.4 Los 4: Konzeption und Implementierung im SAP BTP

Gegenstand sind insbesondere Leistungen zur Einrichtung, Konfiguration und Weiterentwicklung von BTP-Lösungen sowie zur Unterstützung bei Implementierung, Test und Inbetriebnahme.

11.5 Los 5: Organisationsentwicklung

Gegenstand sind insbesondere Leistungen zur strategischen Steuerung und Begleitung organisationsweiter Transformationsprozesse sowie zur Entwicklung organisationaler Fähigkeiten, Führungsstrukturen und nachhaltiger Veränderungskompetenzen.

11.6 Los 6: Konzeption und Weiterentwicklung SAP S/4HANA im Betrieb

Gegenstand sind insbesondere konzeptionelle, fachliche und technische Leistungen im Zusammenhang mit der Implementierung und Weiterentwicklung von SAP-Systemen.

12. Abgabe der Angebote

Die Angebote sowie Konzepte sind rechtsverbindlich bis zum **13.07.2026, 11:00** Uhr auf der Bieterplattform unter <https://www.aumass.de/ausschreibungen> hochzuladen.

Für den rechtzeitigen Zugang der Angebote ist ausschließlich der Zugang beim Auftraggeber maßgeblich. Dieser ist nur gegeben, soweit alle Dokumente vollständig bis zum Ablauf der Angebotsfrist hochgeladen wurden. Es ist zu beachten, dass es bei dem Hochladen der Angebote sowohl Bieterseitig als auch systembedingt zu Problemen kommen kann (z.B. beschädigte Dateien). Die Bieter sind daher gehalten, das Angebot rechtzeitig hochzuladen. Anfragen zu dem Funktionsvorgang des Hochladevorgangs werden nur bis zu 120 Minuten vor Ablauf der Angebotsfrist entgegengenommen und bearbeitet. Bei Bietergemeinschaften sind die geforderten Erklärungen zur Zuverlässigkeit von jedem Mitglied gesondert zu erbringen.

13. Zuschlags- und Bindefrist

Es ist beabsichtigt am **10.08.2026**, den Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot zu erteilen. Die Angebote müssen bis zum **13.09.2026** gültig bleiben.

14. Datenschutzhinweise

Die im Rahmen des Vergabeverfahrens erhobenen personenbezogenen Daten werden im Zuge des Vergabeverfahrens sowie im Falle einer Zuschlagserteilung zur Vertragsdurchführung und -abwicklung verarbeitet und zu diesen Zwecken gespeichert. Die Angabe der personenbezogenen Daten ist weder vertraglich noch gesetzlich vorgeschrieben, sie ist allerdings Voraussetzung für die Berücksichtigung der Angebote. Sofern die entsprechenden personenbezogenen Daten nicht bereitgestellt werden, kann dies den Ausschluss vom weiteren Vergabeverfahren zur Folge haben.

Mit den folgenden Hinweisen kommt der Auftraggeber seinen Pflichten gemäß Art. 13 und Art. 14 Verordnung (EU) 2016/679 vom 27. April 2016 – Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) nach. Interessenten, Bieter / Bietergemeinschaften erhalten einen Überblick über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren und der anschließenden Vertragsdurchführung.

Weitere Informationen können dem offiziellen Internetauftritt des Landesbeauftragten für den Datenschutz unter <https://www.datenschutz-bayern.de/> entnommen werden.

14.1 Verantwortliche Stelle und Datenschutzbeauftragte/r

Verantwortliche Stelle für die Verarbeitung personenbezogener Daten ist:

digital@M GmbH

Hanauer Str. 22

80992 München

Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten:

Datenschutzbeauftragte für digital@M:

Anja Reisinger: anja.reisinger@muenchen.de

14.2 Datenkategorien

Im vorliegenden Vergabeverfahren werden insbesondere folgende personenbezogene Daten verarbeitet:

Identifikations- und Kontaktdaten der Interessenten, Bieter und Bietergemeinschaften bzw. ihrer Beschäftigten und Angaben für die Eignungsprüfung von Beschäftigten der Bieter und von anderen Unternehmen/Unterauftragnehmern sowie von Referenzgebern.

14.3 Zweck und Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten

Zweck der Verarbeitung ist die Erfüllung der dem Verantwortlichen vom Gesetzgeber zugewiesenen öffentlichen Aufgaben. Die Pflicht zur Durchführung von Vergabeverfahren im Falle einer Ausschreibung zur Deckung des Beschaffungsbedarfs des Auftraggebers ergibt sich aus dessen Selbstverpflichtung zur Beachtung des Vergaberechts. Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt demgemäß zu folgenden Zwecken:

Durchführungen des Vergabeverfahrens, dabei insbesondere:

Übermittlung von Vergabeunterlagen;

Beantwortung von Bieter-/Bieterfragen;

Prüfung von Ausschlussgründen;

Eignungsprüfung;

Prüfung der Angebote;

Durchführung von Verhandlungen;

Vertragsabwicklung;

Dokumentation

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt nur, soweit sie zu den vorgenannten Zwecken erforderlich ist. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten ist Art. 6 Abs. 1 lit. e) und Abs. 3 DSGVO und §§ 97 ff. GWB.

14.4 Empfänger der Daten

Soweit die personenbezogenen Daten elektronisch verarbeitet werden, erfolgt der technische Betrieb der Datenverarbeitungssysteme durch die Vergabestelle bzw. deren Bevollmächtigte. Ferner können die betreffenden Daten u.a. von folgenden Stellen und Personen empfangen werden:

- beim Auftraggeber die Beschäftigten der für die Vergabe zuständigen Abteilung und Bevollmächtigte;
- Vertragspartner / Auftrags Verarbeiter bei der Durchführung des Vergabeverfahrens; Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen;
- Ggf. Bundesamt für Justiz zur Einholung von Auskünften aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a der Gewerbeordnung vor der Zuschlagserteilung (vgl. § 19 Absatz 4 Mindestlohngesetz, § 21 Abs. 4 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 21 Abs. 1 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz);
- Teilnehmer an Vergabeverfahren zur Information über die (beabsichtigte) Vergabeentscheidung (vgl. § 134 Abs. 1 GWB, § 62 Abs. 2 Nr. 3 VgV);
- Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union zum Zwecke der Übermittlung der Vergabebekanntmachung mit den Ergebnissen des Vergabeverfahrens (vgl. § 39 Abs. 1 VgV);
- Vertragspartner / Auftragsverarbeiter bei der Vertragsdurchführung;

Soweit personenbezogene Daten im Rahmen des Vergabeverfahrens bzw. zur Vertragsdurchführung an die vorstehend benannten Empfänger weitergegeben werden, geschieht dies auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. e) und Abs. 3 DSGVO und §§ 97 ff. GWB.

Rechtsgrundlage für die Weitergabe von personenbezogenen Daten an die vorstehend benannten Dritten ist Art. 6 Abs. 1 lit. e) und Abs. 3 DSGVO in Verbindung mit der oben benannten Norm, aus der sich die rechtliche Verpflichtung des Verantwortlichen ergibt.

14.5 Speicherdauer

Die Daten werden so lange gespeichert, wie dies zur Erfüllung des vorgesehenen Zwecks, insbesondere der gesetzlichen Aufgaben des Verantwortlichen erforderlich ist oder berechtigte Gründe im Sinne des Art. 17 Abs. 3 DSGVO, wie z.B. vergaberechtliche und sonstige gesetzliche Aufbewahrungsfristen, eine Speicherung erforderlich machen. Solange vergaberechtliche oder sonstige gesetzliche Aufbewahrungspflichten, wie z.B. steuer- und handelsrechtliche Vorschriften, einer Löschung der personenbezogenen Daten entgegenstehen, schränkt der Verantwortliche die Verarbeitung der Daten ein; anschließend werden die Daten nach den gesetzlichen Vorschriften gelöscht. Die Vergabedokumentation, den Vergabevermerk sowie die Angebote, die Teilnahmeanträge sowie Kopien des abgeschlossenen Vertrags und deren Anlagen sind bis zum Ende der Laufzeit des Vertrags aufzubewahren, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags (vgl. § 8 Abs. 4 VgV).

14.6 Rechte der betroffenen Person

Hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Verantwortlichen stehen betroffenen Personen die nachfolgend genannten Rechte gemäß Art. 15 ff. DSGVO zu.

Grundsätzlich können betroffene Personen Auskunft darüber verlangen, ob der Verantwortliche ihre personenbezogenen Daten verarbeitet. Ist dies der Fall, so hat die betroffene Person ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten sowie auf weitere mit der Verarbeitung zusammenhängende Informationen (Art. 15 DSGVO). In bestimmten Fällen kann dieses Auskunftsrecht eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

Für den Fall, dass personenbezogene Daten über eine betroffene Person nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sind, kann diese eine Berichtigung und gegebenenfalls Vervollständigung dieser Daten verlangen (Art. 16 DSGVO).

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen kann die betroffene Person die Löschung ihrer personenbezogenen Daten (Art. 17 DSGVO) oder die Einschränkung der Verarbeitung dieser Daten (Art. 18 DSGVO) verlangen. Das Recht auf Löschung nach Art. 17 Abs. 1 DSGVO besteht jedoch unter anderem dann nicht, wenn die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung hoheitlicher Gewalt erfolgt (Art. 17 Abs. 3 lit. b) DSGVO).

Aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, kann die betroffene Person der Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten durch die verantwortliche Stelle jederzeit widersprechen (Art. 21 DSGVO). In diesem Fall verarbeitet der Verantwortliche deren personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen. Eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO findet seitens des Verantwortlichen nicht statt.

Weitere Einschränkungen, Modifikationen und gegebenenfalls Ausschlüsse der vorgenannten Rechte können sich aus der Datenschutz-Grundverordnung selbst oder sonstigen nationalen Rechtsvorschriften ergeben.

14.7 Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde

Betroffene Personen haben das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde im Sinne des Art. 51 DSGVO zu beschweren, wenn sie der Auffassung sind, dass die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen die gesetzlichen Vorschriften verstößt (Art. 77 DSGVO).

Zuständige Aufsichtsbehörde für bayerische öffentliche Stellen ist das

Bayerisches Landesamt für Datenschutzaufsicht

Postfach 606; 91511 Ansbach

Promenade 27 (Schloss); 91522 Ansbach

e-mail: poststelle@lda.bayern.de

Tel. 0981/53-1300; Fax 0981/53-530

15. Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz

Der Bieter ist verpflichtet, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) zu beachten. Danach sind Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität grundsätzlich unzulässig.

Eine unterschiedliche Behandlung von Teilnehmern aufgrund eines der oben genannten Merkmale ist lediglich dann zulässig, wenn die Ungleichbehandlung eine wesentliche, entscheidende und angemessene berufliche Anforderung darstellt und der Zweck rechtmäßig ist. Eine unterschiedliche Behandlung ist auch dann zulässig, wenn durch geeignete und angemessene Maßnahmen bestehende Nachteile wegen eines in § 1 AGG genannten Grundes ausgeglichen werden soll (sog. positive Maßnahmen).

16. Diversity Management

Der Bieter verpflichtet sich, im Rahmen des Diversity Management die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern, die positive Wertschätzung der individuellen Verschiedenheit, das Erreichen einer produktiven Gesamtatmosphäre, das Verhindern der sozialen Diskriminierung von Minderheiten und die Verbesserung der Chancengleichheit von vornherein und regelmäßig bei der Durchführung der Leistung zu berücksichtigen.

17. Nachprüfungsstelle

Die Adresse der für diese Ausschreibung zuständigen Vergabeprüfstelle lautet: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern, Tel. Nr. + 49 (0) 89 – 2176-2411, Fax-Nr. + 49 (0) 89 – 2176 - 2847; vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

18. Rückfragen

Rückfragen zum Verfahrensablauf sowie zu den Vergabeunterlagen sind ausschließlich auf der Bieterinnenplattform unter <https://www.aumass.de> einzustellen. Bei Problemen im Rahmen der Nutzung des elektronischen Systems wenden Sie sich bitte via E-Mail an die Adresse: juliane.bauer@bp-recht.de.